



Stefan Lenzen

Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen
Sprecher für Arbeit und Soziales der FDP-Landtagsfraktion NRW
Sprecher für Integration und Flüchtlinge der FDP-Landtagsfraktion NRW

Landtag NRW • Stefan Lenzen MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Rede zur Debatte „Ernährungswirtschaft in NRW“

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4408
Fax: (0211) 884-3677
E-Mail: stefan.lenzen@landtag.nrw.de

Düsseldorf, 27.05.2020

- Es gilt das gesprochene Wort -

Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

In den letzten Wochen haben die Infektionsausbrüche in Betrieben der Fleischwirtschaft – wie in Coesfeld, in Oer-Erkenschwick, aber auch in anderen Bundesländern, in der niederländischen Grenzregion oder gar weltweit – ein Schlaglicht auf diese Branche geworfen. Bei der Frage nach den Ursachen für derartige Ausbrüche sind sicher die Bedingungen in den Unterkünften ein möglicher Faktor. Aber wir sollten auch andere Aspekte wie die kalten Temperaturen in den Schlachthöfen nicht vernachlässigen.

Das Land hat jedenfalls konsequent im Sinne des Gesundheitsschutzes auf die Ausbrüche reagiert. Die vorgesehenen Lockerungen der Corona-Auflagen wurden im Kreis Coesfeld um eine Woche verschoben. Landesweit sind bis zu 20.000 Mitarbeiter aller Schlachtbetriebe in NRW einer Testung auf Sars-CoV-2 unterzogen worden. Zudem sind Begehungen der Betriebe und Unterkünfte erfolgt. Bei hygienischen Defiziten werden entsprechende Auflagen zu erteilt.

Die Arbeit in den Schlachthöfen ist körperlich sehr anstrengend, erfordert handwerkliches Geschick und stellt somit eine große Herausforderung dar. Dies mag ein Grund für den Einsatz von Personal vornehmlich aus Südosteuropa sein. Wir sollten anerkennen, was diese Menschen leisten, um einerseits ihre Familien in den Heimatländern zu unterstützen und andererseits uns mit Schnitzeln, Nackensteaks und anderen Fleischwaren zu versorgen.

Leider gibt es Akteure in der Fleischwirtschaft, die sich nicht an Regeln halten. Die Schwerpunktkontrollen unseres Arbeitsschutzes im letzten Jahr haben dies deutlich gezeigt. Insgesamt festgestellte fast 9.000 Verstöße sind nicht akzeptabel. Dies geht nicht nur zu Lasten der Beschäftigten, sondern auch zu Lasten der Betriebe, die korrekt arbeiten wollen. Zu einem fairen Wettbewerb gehört für uns als Liberale die Einhaltung der gesetzlichen Standards für Arbeitsbedingungen. Wir wollen zwar keinen Generalverdacht aussprechen, aber Fehlentwicklungen in einer Branche eindämmen.

Deshalb halten wir gesetzliche Regelungen für sinnvoll wie zum Beispiel hinsichtlich der Verantwortung des auftraggebenden Betriebs für den Arbeitsschutz der Beschäftigten von Werkvertragsnehmern, wie bei der Überprüfung der Unterkünfte durch den Arbeitsschutz oder wie bei der Vorgabe einer digitalen Erfassung der Arbeitszeiten.

Nun zu dem Punkt, bei dem wir als Freie Demokraten eine differenzierte Position vertreten. Wir halten das Verbot von Werkvertragsgestaltungen und Arbeitnehmerüberlassungen für einen zu weitgehenden Schritt. Da stellt sich nicht nur die rechtliche Frage, ob eine Regelung alleine für die Fleischwirtschaft nicht verfassungswidrig wäre. Es wäre auch zu befürchten, dass große Teile der Fleischproduktion ins Ausland abwandern. Vor allem aber geht es bei diesem Verbot um einen Eingriff in den Kernbereich der Handlungs- und Vertragsautonomie von Unternehmen.

Bezeichnend ist dabei, dass zwar Bundesarbeitsminister Heil die Ausdehnung auf weitere Branchen verneint hat, aber die hiesige SPD-Fraktion gleichzeitig in einer PM gefordert hat, auch die Arbeitsbeziehungen bei Zustelldiensten, Saisonarbeitern und im Gesundheits- und Pflegebereich zu hinterfragen und generell gegen Zeitarbeit und Werkverträge vorzugehen. Dies zeigt doch klar Ihre Zielrichtung.

Ein flexibler Arbeitsmarkt mit Instrumenten wie Zeitarbeit und Werkverträgen ist ein wesentliches Element einer arbeitsteiligen Wirtschaft. So können Vorteile durch Spezialisierung genutzt werden. Werk- und Dienstverträge finden wir in zahlreichen Bereichen des täglichen Lebens: Sei es beim Frisör, beim IT-Support, bei der Bewirtschaftung von Kantinen oder bei der Filmproduktion. Wer Werkverträge und Zeitarbeit abschaffen will, der bekämpft letztlich nicht Missbrauch, sondern unsere Wirtschaftsordnung mit einem flexiblen Arbeitsmarkt.